

(Situation) und der Vergangenheit (Tradition). Es erwies sich als schwierig, für die verschiedenen Handlungsebenen ein einheitliches Friedenskonzept zu entwickeln. Im Friedenskonzept der FEST dominierte die politische Dimension. Weiter wird kritisiert, daß Gemeinde zwar als Träger von Friedenshandeln gesehen wird, aber nicht als Verwirklichungsraum.

Dieses Forschungsprojekt der FEST ist in Aufbau und Durchführung bestehend. Alle Autoren arbeiten koordiniert je unter einem spezifischen Aspekt am Ergebnis des Gesamtprojekts. Durch interdisziplinäre Zusammensetzung und projekt- und problembezogene Teamarbeit zeigen die Mitarbeiter der FEST, wie theologische Handlungsforschung und Friedensforschung sich heute vollziehen können und sollen. Daß katholische Kirche und Theologie im Rahmen des Projekts nicht in gleicher Weise wie andere Kirchen und Theologien berücksichtigt wurden, kann ich nur bedauern. Immerhin gehörte ein katholischer Exeget zum Projektteam.

Nicht nur der Inhalt, auch das ausführliche Sachregister am Ende jeden Bandes und ein Autorenverzeichnis sowie der Druck auf umweltfreundlichem Papier machen die Bände ansprechend.

Waldemar Ruez

Des églises d'occident face aux exportations d'armes (1973-1978). Textes de Commissions nationales Justice et Paix et de Conseils nationaux d'Eglises (France, Grande-Bretagne et Etats-Unis), herausgegeben von Madeleine

Barot und Pierre Toulat. Editions l'Harmattan, Paris 1979.

Wer vermutet, daß es sich bei den in diesem Band gesammelten Erklärungen der Justitia et Pax-Kommissionen der katholischen Kirche und der nationalen Christenräte der protestantischen Kirchen in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten um moralische, pazifistische Appelle handelt, irrt sich gründlich. Keines dieser Dokumente vertritt den Standpunkt eines radikalen Pazifismus, obwohl auch dieser Raum in den Kirchen findet, sondern alle bemühen sich, die Risiken der Rüstung gegen die Risiken der Abrüstung abzuwägen.

Zweifellos sind die USA und die UdSSR die größten Waffenlieferanten der Welt. Andere Länder wie Frankreich und England folgen in weitem Abstand und danach die Bundesrepublik. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die Kirchen in drei der fünf wichtigsten Waffenexportländer Stellung nehmen, und es ist bedauerlich, daß es keine Äußerungen der russisch-orthodoxen und der deutschen Kirchen in diesem Buch gibt.

Alle in diesem Bande enthaltenen Stellungnahmen gehen davon aus, daß selbst in der UNO-Charta jedem Staat das Recht auf Verteidigung eingeräumt wird.

Die englische Untersuchung, die im Auftrage des Britischen Kirchenrats durchgeführt wurde, kommt zu folgenden Forderungen: 1. Der Waffenexport muß reduziert werden und darf nie in der britischen Wirtschaft eine solche Rolle spielen, daß die Regierung Waffenbestellungen akzeptieren muß, um den Arbeitsmarkt zu schützen. 2. Auch

wenn die Kosten der Rüstungsproduktion für die britische Armee durch Export reduziert werden könnten, darf der Export nicht damit begründet werden. Man sollte höhere Kosten eher in Kauf nehmen als Waffenexport-Steigerungen.

3. Die politische Entscheidung über Waffenexporte muß vom Parlament gefällt werden und zwei Prinzipien beachten: a) kein Waffenexport, der international verboten wurde (z. B. nach Südafrika), b) kein Waffenexport, der zur Verbreitung von Atomwaffen beiträgt.

4. Die exportierten Waffen müssen legitimen Zielen entsprechen und dürfen nie militärische Aggressionen erleichtern. (Das ist eine recht schwer zu definierende Forderung.) Eine Begrenzung des Waffenhandels soll durch Verträge zwischen Waffenverkäufern und Waffenkäufern erfolgen.

Die französische Stellungnahme geht weiter als diese recht vorsichtige englische Position. Sie fordert eine öffentliche Diskussion der Frage des Waffenhandels und eine Integration des Ziels, die Waffenexporte zu reduzieren in die gesamte Wirtschaftsplanung des Staates.

International sollten folgende Prinzipien vereinbart werden: 1. Beschränkung oder Einstellung der Lieferung von Waffen in Konfliktzonen; 2. keine Lieferung technologisch aufwendiger Waffen in Länder, die für diese Technologie nicht geeignet sind; 3. Rationalisierung der Waffenproduktion in Europa und den USA, so daß man durch Zusammenarbeit die Notwendigkeit, durch Waffenexport Kosten zu reduzieren, überflüssig machen kann.

Das französische Dokument erwähnt als einziges, daß es in den Kirchen Minderheitsmeinungen gibt, die sich dafür einsetzen, das Volk auf einen Guerilla-Kampf (und nicht auf konventionellen Krieg) einzustellen oder freiwillig überhaupt auf Rüstung zu verzichten.

Weiter als die beiden ersten Stellungnahmen geht die englische *Justitia et Pax*-Kommission. Sie weist darauf hin, daß der Waffenhandel international angenommen hat und daß mit diesem Geld die meisten Entwicklungsprobleme bewältigt werden könnten. Der Waffenhandel und die Rüstungsindustrie werden als Bedrohung nicht nur des Weltfriedens, sondern auch des inneren sozialen Friedens der reichen und armen Länder angesehen. Es wird darauf hingewiesen, daß es möglich ist, internationale Begrenzungsverträge zu schließen, wie der Vertrag über die Nichtanwendung biologischer Waffen (1972) und der nichtmilitärischen Nutzung der Antarktis (1969) zeigen. Die Kommission macht folgende Vorschläge: 1. Registrierung aller Waffen-Transfers durch die Vereinten Nationen. 2. Abgabe von 1% der Militärausgaben für Friedensforschung und Suche nach gewaltlosen Sicherungssystemen. 3. Entwicklungshilfe muß mindestens 10% der Rüstungsausgaben betragen (und nicht am Bruttosozialprodukt gemessen werden). 4. Regelmäßige öffentliche Diskussionen und Parlamentssitzungen über den Waffenhandel und die Rüstungsproduktion. 5. Regionale Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion. 6. Keine Waffenlieferung in Konfliktgebiete. 7. Schaffung eines interna-

tionalen Sicherheitssystem im Rahmen der UNO.

Das ausführliche Dokument des Nationalen Kirchenrats in den USA trägt die Überschrift: „Die 3. Welt — Opfer oder Kunde?“ Sie enthält u. a. eine ausführliche Darstellung der Prinzipien, die Präsident Carter bei seinem Amtsantritt für die Rüstungspolitik der USA verkündete, und vergleicht damit die Fehlschläge, die diese guten Vorsätze während seiner Amtszeit erlitten.

Die Folgerungen sind ähnlich vorsichtig wie die der englischen Untersuchung. Auch hier geht der Bericht der Justitia et Pax-Kommission weiter. Sie gibt eine Fülle von Zahlen über Waffenkäufer und Verkäufer und die gehandelte Ware, geht auf die wirtschaftlichen Aspekte des internationalen Waffenhandels ein und setzt sich mit den Argumenten der Befürworter des Waffen-Exports auseinander.

Sie schlägt drei Phasen der Rüstungsbegrenzung vor:

1. Einseitige Reduktion des Waffenexports durch die USA.
2. Vereinbarung mit allen NATO-Staaten, den Export zu reduzieren und den Austausch der Waffen innerhalb der NATO zu verbessern.
3. Zusammenarbeit mit der UdSSR und dem Warschauer Pakt durch Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Begrenzung des Waffenexports in Länder außerhalb der beiden Blöcke.

Es ist hier nicht möglich, eine Bilanz dieser verschiedenen Stellungnahmen zu ziehen, aber es wird deutlich, daß die theologische Grundlage, nämlich das Evangelium Jesu Christi, dasselbe ist und daß alle sich darüber klar sind, daß

man sich mit den wirtschaftlichen und politischen Argumenten der Befürworter des Waffenhandels auseinandersetzen muß.

Über die Methoden, den Waffenhandel einzuschränken, besteht noch keine Einigkeit, aber es gibt wenigstens in einigen Punkten Übereinstimmung, z. B. darin, daß die öffentliche Diskussion dieser Fragen ermöglicht werden muß und daß die Rüstungskoopeation innerhalb der NATO die nationalen Egoismen überwinden muß, um dem Druck, die Kosten durch Waffenexport zu senken, zu entgegen. Es ist nun wohl an der Zeit, daß sich die deutschen Kirchen an diesem Dialog öffentlich beteiligen.

Gerhard Grohs

ORDINATION DER FRAU

Peter Moore (ed.), *Man, Woman, Priesthood*. S.P.C.K., London 1978. 181 Seiten. Kart. £ 2.95.

Das Problem der Ordination von Frauen, um das es in diesem Sammelband geht, ist auch in der ökumenischen Amtsdiskussion kein neues Thema. Es hat aber bislang keine zentralere Stellung eingenommen, da es wesentlich auf den „protestantischen“ Flügel der Ökumene beschränkt war. Das scheint sich jetzt zu ändern. Im Rahmen der Arbeit von „Glauben und Kirchenverfassung“ tritt diese Frage zunehmend in den Vordergrund. Ihr soll im Rahmen der Studienarbeit über „Mann und Frau in Kirche und Gesellschaft“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Grund für die breitere ökumenische Beachtung, die das Thema der Ordination